Vorlage Nr. 011/24

Betreff: **Beratung des Haushalts- und Investitionsplanes 2024 - 2027, FB 8 - Schulen, Soziales, Migration und Integration, PG 81 - 84**

Status: öffentlich

Beratungsfolge

Sozialausschuss	31.01.2024	Berichterstattung durch:	Herrn Gausmann Frau Gehrke
-----------------	------------	--------------------------	-------------------------------

Betroffenes Leitprojekt/Betroffenes Produkt

Produkt 8101	Unterbringung, Beratung und Begleitung von Zuwanderern
Produkt 8103	Hilfen für Asylbewerber
Produktgruppe 82	Ausländerbehörde
Produktgruppe 83	Soziale Transferleistungen
Produktgruppe 84	Soziale Einrichtungen

Finanzielle Auswirkungen

☒ Ja	☐ Nein		
☐ einmalig	☐ jährlich	☐ einmalig + jährlich	
Ergebnisplan		Investitionsplan	
Erträge	6.448.200 €	Einzahlungen	0 €
Aufwendungen	16.749.900 €	Auszahlungen	92.500 €
Verminderung Eigenkapital	10.301.700 €	Eigenanteil	92.500 €
Finanzierung gesichert			
☐ Ja	☒ Nein		
durch			
☐ Haushaltsmittel bei Produkt / Projekt			
☒ sonstiges (siehe Begründung)			

Beschlussvorschlag/Empfehlung:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 8, Produktgruppe 81 -84 mit den Werten aus dem Haushaltsplanentwurf 2024 unter Berücksichtigung der in der Begründung aufgeführten Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Begründung:

Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Ergebnis- und Investitionsplanes für das Haushaltsjahr 2024 wurde in der Sitzung des Rates am 26. September 2023 eingebracht.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Finanzsituation haben der Bürgermeister und der Kämmerer angekündigt, dass die Verwaltung zusätzliche Konsolidierungsvorschläge unterbreiten soll. Dies gilt auch für Maßnahmen, in denen politische Beschlüsse erforderlich werden. Diese Konsolidierungsmaßnahmen sind in den nachstehenden Änderungen enthalten und gekennzeichnet.

Der Rat der Stadt hat die Vorlage des Entwurfes der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2024 zur Kenntnis genommen. Die Detailberatung des Entwurfes des Haushaltplanes (einschl. der Investitionsprojekte) und damit verbunden die Beratung der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2024 - 2027 wurde den zuständigen Fachausschüssen übertragen.

Grundlage für die Beratung in den Fachausschüssen ist daher das im Entwurf des Haushaltsplanes ausgewiesene Budget im Ergebnis- und Finanzplan 2024 – 2027.

Diesem Ausschuss obliegt die Kompetenz und Verantwortung für die Detailberatung des in seine Zuständigkeit fallenden Fachbereiches 8, Produktgruppen 81 – 84. Die Etatberatung hat anhand des Haushaltsplanentwurfes zu erfolgen.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf 2024 weist einen Fehlbetrag von 9,104 Mio. EUR aus. In den Folgejahren 2025 – 2027 ist ebenfalls mit Fehlbeträgen zu rechnen.

Insgesamt wird jedoch seit der Umstellung des Rechnungswesens im Jahre 2006 mit einer Eigenkapitalreduzierung in Höhe von 96,637 Mio. EUR bis zum Ende 2023 gerechnet. Das sind 27,74 % des ursprünglichen Eigenkapitals.

Vor diesem Hintergrund muss daher im Rahmen der Beratung dieses Ausschusses folgendes sichergestellt werden:

- **Es dürfen keine weiteren Ergebnisverschlechterungen entstehen.**
- **Mehraufwendungen/Minderträge sollten grundsätzlich nicht zugelassen werden.**
- **Sind sie im Einzelfall unvermeidbar, müssen sie zwingend durch Verbesserungen an anderer Stelle ausgeglichen werden.**

A) Änderungen gegenüber dem Haushaltsplanentwurf:

I. Ergebnisplan

Gegenüber dem Haushaltsplanentwurf ergibt sich für den Fachbereich 8, Produktgruppe 81 - 84 im Ergebnisplan eine Verbesserung in Höhe von 380.408 EUR. Folgende Änderungen sind vorgesehen:

Produkt 8103

Erträge

In der Kalkulation der Pauschalen aus dem FlüAG i.H.v. 1.700 TEUR war die Einmalzahlung für Bestandsgeduldete schon enthalten. Der Betrag wurde falsch übertragen, daher muss der Betrag i.H.v. 271 TEUR heraus gerechnet werden. Die Einmalzahlung endet 2025.

Ertragsart – 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen		2024	2025	2026	2027
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Land	alt	1.971.000	1.700.000	1.700.000	1.700.000
	neu	1.700.000	1.429.000	1.429.000	1.429.000
Verschlechterung		271.000	271.000	271.000	271.000

Am 06. November 2023 hat der Bundeskanzler mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder ein Beschluss in der Flüchtlingspolitik gefasst. Die Auswirkungen der darin enthaltenen Beschlüsse zu der Pro-Kopf-Pauschale von 7.500 € pro Asylantragsteller/-in und der Verlängerung der Grundleistungen von 18 auf 36 Monate sind aktuell noch nicht absehbar, da noch keine gesicherten Informationen vorliegen. Es ist nicht ersichtlich, wie die Verteilung auf die Kommunen erfolgen wird. Ebenso sind noch keine gesetzlichen Änderungen erfolgt, obwohl diese zum Jahreswechsel angekündigt waren. Insofern erfolgt ggf. noch eine Information zu den finanziellen Auswirkungen entweder in der Sitzung des Sozialausschusses bzw. zur Eckdatenüberprüfung im HDF.

Produktgruppe 82

Erträge

Die Anzahl der ankommenden Flüchtlinge in Rheine steigt stetig. Eine Hochrechnung der aktuellen Erträge lässt schlussfolgern, dass die Erträge in 2024 ebenfalls weiter steigen werden. Die zunächst vorsichtig kalkulierten Erträge für Gebühren für Einbürgerungen und Aufenthaltstitel können daher erhöht werden.

Ertragsart – 4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		2024	2025	2026	2027
Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	alt	125.000	125.000	125.000	125.000
	neu	150.000	150.000	150.000	150.000
Verbesserung		25.000	25.000	25.000	25.000

Das Ministerium hat eine weitere Zuwendung für die Digitalisierung der Ausländerbehörden beschlossen. Die Stadt Rheine hat im Dezember 2023 eine Zuwendung i.H.v. 402.857,90 € für 2024 erhalten.

2 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen		2024	2025	2026	2027
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Land	alt	0	0	0	0
	neu	402.858	0	0	0
Verbesserung		402.858	0	0	0

Produktgruppe 83

Erträge

Der Bescheid mit den Abschlagszahlungen Januar 2024 bis August 2024 vom Kreis Steinfurt liegt inzwischen vor. Die Prognose für das restliche Jahr zeigt eine geringe Personalkosten-erstattung als zunächst veranschlagt.

6 – Kostenerstattungen und Kosten-umlagen		2024	2025	2026	2027
Personalkostenerstattung nach dem SGB II	alt	2.100.000	2.163.000	2.228.000	2.295.000
	neu	2.000.000	2.060.000	2.122.000	2.185.500
Verschlechterung		100.000	103.000	106.000	109.500

Aufwendungen

Die Aufwendungen für die Aus- und Fortbildung wurden in den letzten Jahren nicht voll ausgeschöpft, daher erfolgt eine Reduzierung des Ansatzes.

16 – Sonstige ordentliche Aufwen-dungen		2024	2025	2026	2027
Aufwendungen für Aus- und Fortbil-dung, Umschulung	alt	62.250	62.250	62.250	62.250
	neu	38.700	38.700	38.700	38.700
Verbesserung		23.550	23.550	23.550	23.550

Der Verwaltungsvorstand hat am 20.11.2023 eine Liste mit Konsolidierungsvorschlägen be-schlossen. Diese Änderungen sollen wie folgt dargestellt werden:

Aufwendungen

Der Anteil der Stadt Rheine an den kommunalen Kosten des SGB II schließt für 2023 voraus-sichtlich mit einem Aufwand von 3,8 Mio. EUR ab. Der Kreis Steinfurt erhält ebenfalls Mittel für die Unterbringung von Flüchtlingen vom Land NRW. Diese Zuwendungen werden anteilig in den Aufwendungen der Kommunen berücksichtigt, so dass bei eher sinkenden Fallzahlen davon auszugehen ist, dass sich die Aufwendungen nicht erhöhen werden.

15 – Transferaufwendungen (Konsolidierungsbeschluss Verwal-tungsvorstand)		2024	2025	2026	2027
Anteil der Stadt Rheine an den kommunalen Kosten des SGB II	alt	4.100.000	4.000.000	3.900.000	3.800.000
	neu	3.800.000	3.700.000	3.600.000	3.500.000
Verbesserung		300.000	300.000	300.000	300.000

II. Investitionsplan

Gegenüber dem Haushaltsplanentwurf ergeben sich für den Fachbereich 8 Produktgruppe 81 – 84 im Investitionsplan keine Veränderungen.